

# Kritik der „Programmatischen Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland“ vorgelegt von der gemeinsamen Programmkommission von Linkspartei.PDS und WASG im Februar 2006

von  
Egbert Scheunemann

Stand: 28. Februar 2006

Vorab: Das Papier<sup>1</sup> entspricht den Erwartungen. Wer die geltenden Programme von WASG und Linkspartei.PDS kennt, wird über den Inhalt der programmatischen Eckpunkte nicht überrascht sein. Und wer mit den programmatischen Grundlagen der WASG wie der Linkspartei.PDS – bei aller Kritik im Detail<sup>2</sup> – prinzipiell konform geht, kann auch der grundsätzlichen Ausrichtung der programmatischen Eckpunkte nur zustimmen. Denn welcher Linke hätte etwas gegen Wirtschaftsdemokratie, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 50 Prozent, die Einführung eines Mindestlohns, einer bedarfsorientierten Grundsicherung oder einer sozialen Bürgerversicherung für alle. Und für den ökologischen Umbau unserer gesamten Gesellschaft und eine konsequente antimilitaristische Friedenspolitik ist man ja so und so.

Erfreulich ist auch, dass das Eckpunktepapier in Sachen Programmarbeit neue Wege geht. So werden kritische Positionen, strittige Fragen oder Minderheitenvoten – wie immer man das nennen will – explizit benannt (S. 6, 7, 9, 11, 13, 15 und 17). Das freut speziell deswegen, weil man in der Bundesprogrammkommission der WASG bis zur Verabschiedung ihres Gründungsprogramms und in vielen anderen entscheidungsrelevanten WASG-Parteigremien diesbezüglich bislang auf Beton gestoßen ist. Und das freut ganz besonders, weil als strittige Fragen genau jene aufgeführt werden, für deren Thematisierung man in der WASG (für die ich allein sprechen kann) vor noch nicht allzu langer Zeit als Gewerkschaftsfeind, linker Spinner und Sektierer oder Militarist beschimpft worden ist. Das betrifft etwa die Fragen

- ob es angesichts kontinuierlich steigender Produktivität und anhaltender Massenarbeitslosigkeit noch sinnvoll ist, „Erwerbsarbeit für alle Arbeitssuchenden“ zu fordern (S. 6) – oder, neben massiven Arbeitszeitverkürzungen, nicht vielmehr und primär ein „bedingungsloses Grundeinkommen“ für alle Menschen (S. 9);
- ob dann, wenn man schon eine soziale Bürgerversicherung *für alle* fordert, es nicht vernünftiger wäre, die Finanzierung aller sozialen Sicherungssysteme gleich vollständig auf das allgemeine Steuerprinzip umzustellen (S. 9);

---

<sup>1</sup> [http://media.w-asg.de/uploads/media/20060223\\_eckpunktepapier.pdf](http://media.w-asg.de/uploads/media/20060223_eckpunktepapier.pdf)

<sup>2</sup> Vgl. meine Kritiken:

[www.egbert-scheunemann.de/Linkspartei-PDS-Wahlprogramm-2005-Kritik.pdf](http://www.egbert-scheunemann.de/Linkspartei-PDS-Wahlprogramm-2005-Kritik.pdf)

[www.egbert-scheunemann.de/Grundsatzkritik-Programmatische-Grundlagen-WASG-Scheunemann.pdf](http://www.egbert-scheunemann.de/Grundsatzkritik-Programmatische-Grundlagen-WASG-Scheunemann.pdf)

- ob die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wirklich so dringlich und die – teilweise – Kreditfinanzierung eines Zukunftsinvestitionsprogramms, also die weitere Erhöhung der Staatsschulden, wirklich so des Teufels sind, wie uns das der Neoliberalismus tagtäglich einhämmert (S. 7);<sup>3</sup>
- ob „internationale Militäreinsätze im Auftrag und unter Kontrolle der UN“ (S. 15) immer und für alle Zeiten abzulehnen sind oder nicht – was im letzteren Falle auch den Einsatz von Blauhelmen mit deutscher Staatsangehörigkeit impliziert;<sup>4</sup>

---

<sup>3</sup> Ich möchte hier nur an den entsprechenden Passus aus meinem Diskussionsentwurf des Grundsatzprogramms einer Neuen Linkspartei erinnern: „Wir wollen dieses Zukunftsinvestitionsprogramm zum einen durch eine Stärkung der staatlichen Steuereinnahmen finanzieren, zum anderen aber auch durch eine Ausweitung der öffentlichen Kreditaufnahme. Denn von einem Zukunftsinvestitionsprogramm, von einer Verbesserung der ökologischen und sozialen Infrastruktur wie von höheren Bildungsinvestitionen werden langfristig auch und gerade unsere Kinder profitieren. Nachfolgende Generationen erben nicht nur „unsere“ Schulden, sondern sie erben auch alle materiellen Werte, die mit diesen Schulden bezahlt worden sind, sie erben die Wertpapiere (Bundesschatzbriefe, Kommunalobligationen etc.), die diese staatlichen Schulden auf der anderen Seite darstellen, und sie erben auch die Zinsen, die auf diese bezahlt werden. Teile der nachfolgenden Generation werden an andere Teile der *selben* nachfolgenden Generation Schulden „zurück“ bezahlen – und niemals an uns jetzt Lebende. Nachfolgende Generationen zahlen diese Schulden gleichsam und faktisch an sich selbst „zurück“.

Von den *nominalen* Zinsen, die der Staat für seine Schulden bezahlt, fließt zudem ein großer Teil wieder in seine Kassen zurück – über inflationäre Geldentwertung, über Einkommenssteuern, die auf Zinseinkünfte bezahlt werden müssen, über die Erbschaftssteuer, die auf vererbte Wertpapiere, also auch auf vererbte öffentliche Schuldscheine erhoben wird, oder durch die Überweisung der Bundesbankgewinne an das Bundesfinanzministerium, die in den letzten Jahren allein schon bis zu einem Drittel der gesamten jährlich aus der Bundeskasse zu bezahlenden Schuldzinsen ausmachen.

Hohe Selbstfinanzierungseffekte resultieren auch aus dem Umstand, dass ein groß dimensioniertes, teilweise kreditfinanziertes Zukunftsinvestitionsprogramm zu einem entsprechenden Nachfrageschub, zu mehr Absatz und Beschäftigung und also zu mehr Steuereinnahmen und Beitragszahlungen in die Sozialkassen führt.

„Schulden machen“ kann also eine volkswirtschaftlich, ökologisch, sozial und intergenerational hochgradig vernünftige Sache sein. Es kommt nur darauf an, was man mit dem Geld macht – ob man es in Form von Steuergeschenken an die Reichen verteilt oder in die Zukunft unserer Gesellschaft und unserer Kinder investiert.“

Vgl. [www.egbert-scheunemann.de/Synopse-und-Programmentwurf-Neue-Linkspartei-Version-1.pdf](http://www.egbert-scheunemann.de/Synopse-und-Programmentwurf-Neue-Linkspartei-Version-1.pdf); S. 28.

<sup>4</sup> Vgl. hierzu aus dem eben schon zitierten Programmentwurf Fußnote 81 auf S. 79: „Die Programme von Linkspartei.PDS und WASG sind in der Frage *UN*-legitimierter und -mandatierter militärischer Einsätze und der Rolle, die die *Bundeswehr* darin zu spielen hat, **höchstgradig widersprüchlich**. So lesen wir etwa im Grundsatzprogramm der PDS: „Die PDS lehnt in konsequenter Anerkennung des Artikels 26 Grundgesetz weiterhin eine Beteiligung der Bundeswehr an UN-mandatierten Militärinterventionen unter Berufung auf Kapitel VII der UN-Charta ab, unabhängig von der jeweiligen Haltung der im UN-Sicherheitsrat vertretenen Staaten. Von deutschem Boden darf kein Krieg ausgehen.“ (S. 17) Kurz davor ist aber zu lesen: „Der Weltsicherheitsrat darf das allein ihm durch die Charta übertragende Recht, **auch militärische Mittel** (!! Hervorhebung E.S.), wenn alle zivilen ausgeschöpft sind, zur Abwendung

- oder ob schließlich „eine Regierungsbeteiligung auf Landesebene unter den gegenwärtigen Bedingungen den gemeinsamen Maßstäben an linke Politik gerecht werden kann oder nicht“ (S. 17).

Offene Fragen und strittige Punkte explizit zu nennen kann nicht hoch genug gelobt werden in einem Prozess der Herausbildung einer Neuen Linkspartei, der von vielen in der WASG als viel zu zentralistisch gesteuert, viel zu übereilt und auf viel zu wenig Beteiligte – eben nur Linkspartei.PDS und WASG – konzentriert kritisiert wird.

Angesichts der bisherigen Erfahrung einer forschenden Turbofusion von oben herab klingen viele Passagen im Eckpunktepapier, um zur Kritik zu kommen, wie hohle Phrasen. Wir lesen etwa: „Wir wollen Traditionen, Erfahrungen und Kompetenzen jener Kräfte bewahren und erschließen, die gemeinsam unsere neue Partei bilden. Dazu gehören radikaldemokratische, linkssozialdemokratische und linke antikapitalistische Positionen ebenso wie Orientierungen auf die Rechte der Bürgerinnen und Bürger, Erkenntnisse aus gewerkschaftlichen und von Erwerbslosen getragenen Protestbewegungen gegen den Neoliberalismus, der Einsatz für die Stärkung regionaler Entwicklung und die Auseinandersetzung mit der „neuen Sozialdemokratie“ und mit sektiererischen Strömungen in der alten Bundesrepublik. Die neuen sozialen Bewegungen gegen Neoliberalismus und kapitalistische Globalisierung sind ein wichtiger Bezugspunkt unserer Erneuerung.“ (S. 2) Und unter „Strategische Ansätze“ ist zu lesen: „Die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ist nur möglich, wenn starke alternative gesellschaftliche Kräfte der Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Initiativen, progressive Wissenschaft und Kultur und die parteipolitische Linke sich gemeinsam gegen die herrschenden wirtschaftlichen, politischen und medialen Kräfte des Neoliberalismus stellen. Wir wollen zu einem Bündnis der abhängig Arbeitenden in europäischem und internationalem Maßstab beitragen, das zugleich die hoch qualifizierten Beschäftigten und die Kernbelegschaften wie auch die in unsicheren befristeten und Teilzeitarbeitsverhältnissen Tätigen sowie die Erwerbslosen umfasst. Wir wollen ein Bündnis mit Intellektuellen aus Kultur, Kunst, Bildung, Wissenschaft und anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Wir wollen alle Menschen ansprechen, die sich für soziale Ge-

---

der Gefährdung des Weltfriedens einzusetzen, nicht unter dem Druck und im Interesse der Großmächte missbrauchen (aber sonst eben doch **gebrauchen**; E.S.).“ (S. 16)

Analog ist im Gründungsprogramm der WASG zu lesen: „Wir wollen keine Einsätze der Bundeswehr „Out of area“ und grundsätzlich keine militärischen Formen einer Konfliktlösung... Bei kriegerischen Auseinandersetzungen sind nur internationale, völkerrechtlich legitimierte Gremien entscheidungsbefugt (und das heißt: zu solch **kriegerischen** Einsätzen grundsätzlich **befugt**; E.S.).“ (S. 26)

Man muss sich entscheiden: Entweder man gesteht den Vereinten Nationen das – ultimative – Recht auch zu militärischer Intervention zu und vertritt damit die Meinung, dass es gerechte Kriege (gegen ungerechte, massenmörderische, faschistische, aggressive etc. Regimes) gab, gibt oder geben kann – oder man verneint letzteres grundsätzlich, womit auch der Krieg der Alliierten gegen Hitler-Deutschland kein gerechter gewesen wäre, und damit auch ersteres. Den Vereinten Nationen ein ultimatives militärisches Interventionsrecht zuzugestehen, deutsche Soldaten an solchen Interventionen aber auf keinen Fall beteiligt sehen zu wollen, läuft auf die – ich sage mal zurückhaltend: nicht gerade moralisch sehr hoch stehende – Forderung hinaus, dass sich nichtdeutsche Soldaten totschießen lassen sollen in einem völkerrechtlich legitimierten Krieg gegen aggressive Regimes, deutsche aber nicht.“

rechtigkeit, Emanzipation und mehr Demokratie, Frieden und Erhaltung der Natur einsetzen, unabhängig von ihrer politischen Herkunft und Weltanschauung.“ (S. 16)

Fast würde ich sagen: Schön wär's! Betrachtet man nämlich die konkrete personell-organisatorische Zusammensetzung aller bisher am Projekt einer Neuen Linkspartei Beteiligten, findet man AUSSCHLIESSLICH (gemeinsame Steuerungsgruppe, Programmkommission etc.) bzw. FAST ausschließlich offizielle Vertreter der Linkspartei.PDS und der WASG – vor allem was die bisher stattgefundenen gesellschaftlich-politischen Foren betrifft, auf denen offiziell das *breite* politische Bündnis gegen den Neoliberalismus und für eine sozial *breit* verankerte *Neue* Linkspartei geschmiedet werden sollte und soll.<sup>5</sup>

Das Einzige, was in den zitierten Passagen der Realität entspricht, ist, dass die Oberen in Linkspartei.PDS und WASG schnell dabei sind, Kritiker ihres Turbokurses als Anhänger „sektiererischer Strömungen“ zu denunzieren. Es scheint – zumindest was die Vertreter der WASG unter den AutorInnen des Eckpunktepapiers betrifft – angesichts der Tatsache, dass viele Landesverbände in der WASG offen gegen den Bundesvorstand rebellieren und seinen Rücktritt bzw. seine Abwahl fordern, schon etwas mutig, in einem *programmatischen Grundsatzpapier* (und nicht etwa in einer politischen Alltags- und Allerweltserklärung) die Sektiererschiene zu fahren gegen innerparteiliche Kritiker, bei denen es sich, nochmals und wohlgermerkt, inzwischen um *ganze Landesverbände* handelt – darunter solche Sektierer wie der Landesvorstand der WASG in Nordrhein-Westfalen, des mit Abstand größten Landesverbands! Und es grenzte an ein Stück aus dem Tollhaus, sollte mit dem Verdikt des Sektierertums etwa die Berliner WASG gemeint sein, die sich weigert, mit der Berliner Fraktion der Linkspartei.PDS zusammenzugehen, deren Politik im rot-roten Senat in Berlin nur als nackte Negation der programmatischen Grundlagen der WASG (und der Linkspartei.PDS!) zu bezeichnen ist.

Nun ja, vielleicht erleben wir in nächster Zeit auch in Sachen dämlicher Sektierereivorwürfe die gleiche Lernfähigkeit, die schon in Sachen programmatisch offener Thematisierung offener Fragen bewiesen worden ist – wenn nicht des vorhandenen Personals, dann durch die personelle Erneuerung der relevanten Entscheidungsgremien quasi als Beweis der Lernfähigkeit der gesamten Organisation.

Nun, gemessen an dieser Generalkritik sind die Punkte im Eckpunktepapier, die ich im Weiteren noch kritisieren – und gelegentlich auch loben – möchte, eher marginal. Der Vollständigkeit halber seien sie aber genannt – in der Reihenfolge ihres Auftauchens im Papier, also nicht unbedingt systematisch:

1. Wir lesen auf S. 3 folgenden Absatz, wobei der kursiv gesetzte Teil als Überschrift des Folgenden gedacht ist: *„Erneuerung sozialer Sicherungssysteme und Überwindung übermäßiger öffentlicher Verschuldung: Seit der deutschen Vereinigung wuchsen die realen Nettogewinne und Vermögenseinkommen um mehr als ein Drittel, während die Realeinkommen der Beschäftigten stagnieren. Der gesellschaftliche Reichtum wächst ständig weiter, aber er wird immer einseitiger verteilt. Mit unzureichenden Einnahmen der staatlichen Haushalte wird Sozial- und Stellenabbau begründet. Zugleich werden Steuern auf Gewinne, hohe Einkommen und Vermögen ständig weiter gesenkt. Die Privatisierung von sozialer Sicherung, öffentlichen Dienstleistungen und Infrastruktur erschließen dem Kapital neue Felder der Kapitalverwertung und zerstören*

---

<sup>5</sup> Vgl. zu meiner Kritik an diesen Foren etwas genauer:  
[www.egbert-scheunemann.de/Differenzierte-Neue-Linkspartei.pdf](http://www.egbert-scheunemann.de/Differenzierte-Neue-Linkspartei.pdf)

deren solidarischen Charakter.“ (S. 3) Was dieser Absatz mit seiner Überschrift zu tun hat, habe ich nicht begriffen.

2. Wir lesen im Weiteren: „Ein zentrales Projekt der neuen linken Partei sind öffentlich geförderte Beschäftigungssektoren zwischen Privatwirtschaft und Staat, die zusammen mit dem öffentlichen Sektor vor allem die soziale Infrastruktur des Gemeinwesens sichern. Sie sind zugleich Gestaltungsfeld für erweiterte Formen betrieblicher Mitbestimmung. Durch diese öffentlich geförderten Beschäftigungssektoren können soziale, kulturelle und ökologische Bedarfe befriedigt werden, die der Markt oder der öffentliche Dienst nicht abdecken. Sie sollen vorrangig über gemeinnützige Vereine, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen sowie soziale und kulturelle Einrichtungen verwirklicht werden... Wir wollen, dass durch Konzentration öffentlicher Finanzmittel und durch ihre Kombination mit anderen Fonds reguläre, versicherungspflichtige, tariflich bezahlte Arbeitsplätze angeboten werden.“ (S. 6)

Diese Verdeutlichung, dass es sich um *tariflich* bezahlte *reguläre* Arbeitsplätze handeln soll, war aufgrund bestimmter Unklarheiten im Wahlprogramm 2005 der Linkspartei.PDS<sup>6</sup> überfällig. Erfreulich also, dass sie gemacht wurde.

3. Verdeutlichen sollten die AutorInnen des Eckpunktepapiers in weiteren Diskussionen und womöglich in einer folgenden Version desselben auch, warum ihnen die Forderung nach einer *gesetzlichen Mindestrente* abhanden gekommen ist – man sucht diese im gesamten Papier und an der speziellen Stelle, an der die Rententhematik abgehandelt wird (S. 9), nämlich vergeblich. Oder soll das so sein? Oder reagierte man auf die Kritik, dass das Verhältnis zwischen (bedarfsorientierter) Grundsicherung und gesetzlicher Mindestrente in den programmatischen Grundlagen speziell der WASG alles andere als klar ist?<sup>7</sup>

4. Erfreulich ist wiederum, wenn im Eckpunktepapier differenziert gefordert wird, dass nur die „Verschlechterungen durch die Hartz-Gesetze... zurückgenommen werden“ sollen (S. 9). Auch hier scheint ein Lernprozess erfolgreich gewesen zu sein, den ich an anderer Stelle konstatierte bzw. prognostizierte oder auch nur erhoffte.<sup>8</sup>

5. Nicht verstehen kann ich folgenden Satz: „Der Interessengegensatz zwischen den Bezieherinnen und Beziehern von Gewinn- und Vermögenseinkommen und den abhängigen Beschäftigten wird durch die Wirtschaftsdemokratie nicht aufgehoben.“ (S. 10)

Man muss schon ein recht seltsames Verständnis des Begriffes *Wirtschaftsdemokratie* haben, um solch einen Satz zu schreiben. Wenn auf mikro- wie makroökonomischer Ebene *wirklich* das Volk im Kleinen (Belegschaften) wie im Großen (Wahlvolk bzw. demokratisch legitimierte Sozial- und Wirtschaftsräte etc.) herrschen sollte – und das würde zumindest *ich* unter einer verwirklichten *Wirtschaftsdemokratie* verstehen – , werden es selbstverständlich die Belegschaften und wird es das gesamte Volk sein, die an den Gewinnen und Betriebsvermögen (via Gewinnbeteiligungen bzw. Steuereinnahmen etc.) partizipieren – und sonst niemand! Wo da weiterhin Raum sein sollte für den zitierten Interessengegensatz, kann ich nicht nachvollziehen.

---

<sup>6</sup> Vgl. in meiner Kritik des Wahlprogramms 2005 der Linkspartei.PDS ([www.egbert-scheunemann.de/Linkspartei-PDS-Wahlprogramm-2005-Kritik.pdf](http://www.egbert-scheunemann.de/Linkspartei-PDS-Wahlprogramm-2005-Kritik.pdf)) zu diesem Punkt die Seiten 3-7.

<sup>7</sup> Vgl. zu dieser Kritik [www.egbert-scheunemann.de/Synopse-und-Programmentwurf-Neue-Linkspartei-Version-1.pdf](http://www.egbert-scheunemann.de/Synopse-und-Programmentwurf-Neue-Linkspartei-Version-1.pdf), S. 70, Anmerkung 44 und 45.

<sup>8</sup> Vgl. ebd. S. 68, Anmerkung 39.

6. Zwar nur eine formale Marginalie, aber dennoch etwas ärgerlich ist, dass die Pest der völlig sinnlosen Nutzung von Anführungszeichen, also, um es *richtig* vorzumachen: von „Gänsefüßchen“, auch im Eckpunktepapier wütet – zwar nur an einer Stelle, aber da um so heftiger. Wir lesen dortselbst, dass Frauen unter einer „Doppelbelastung“ litten, dass sie „Verliererinnen“ der Sozialreformen der letzten Jahre“ gewesen seien und eine „Risikogruppe“ am Arbeitsmarkt“ darstellten (S. 10-11). Liebe Leute, viele Frauen *leiden* unter einer Doppel- und Mehrfachbelastung, sie *sind* die Verliererinnen der asozialen Sozialreformen der letzten Jahre und sie *stellen* eine Risiko- bzw. Problemgruppe am Arbeitsmarkt dar. Nichts, aber auch gar nichts ist an diesen Tatbeständen zu relativieren, weder durch Gänsefüßchen noch durch andere rosarote Sprachschleifchen oder welche zeitgeistigen Sprach- und Hirnweichspüler auch immer.

Und da wir schon bei Formalia sind: Die AutorInnen folgenden Satzes sollten sich vielleicht noch mal darüber ins Benehmen setzen, was sie mit ihm wohl meinten, aber faktisch nicht schrieben: „Dennoch bestehen viele Schranken geschlechtlicher Diskriminierung weiter oder werden durch eine Politik des Rollback neu belebt.“ (S. 10) Solch einen politischen Rollback, der geschlechtliche Diskriminierung in ihre Schranken weist, wünsch' ich mir!

Und auch folgender Satz, der sich am Ende des Eckpunktepapiers findet, sollte einer semantischen Prüfung unterzogen werden: „Ein solches neues Bündnis braucht partnerschaftliche Beziehungen, die die Verschiedenheit (!! E.S.) auf der Basis der gemeinsamen Ziele anerkennt und ausbaut (!! E.S.).“ (S. 16) Sektierer, vermaledeite! Spalter, elende!

7. Zwischen Beweisen erfreulicher Lernfähigkeit und deprimierender Trotzköpfigkeit changiert schließlich auch das, was man unter den Kapitelüberschriften „Wissenschaft und Innovation für sozial-ökologische Alternativen“ (S. 11 f.) und „Neuansatz für Ostdeutschland...“ (S. 13) geboten bekommt. Unter der ersten Überschrift liest man kurz, knapp und deutlich, was man als Linker diesbezüglich zu lesen wünscht – jenseits allen zeitgeistigen Innovationsgeschwafels, das die Lektüre etwa des Wahlprogramms 2005 der Linkspartei.PDS streckenweise unerträglich gestaltet.<sup>9</sup> Unter der zweiten

---

<sup>9</sup> Vgl. [www.egbert-scheunemann.de/Linkspartei-PDS-Wahlprogramm-2005-Kritik.pdf](http://www.egbert-scheunemann.de/Linkspartei-PDS-Wahlprogramm-2005-Kritik.pdf), S. 8-9: „Ärgerlich ist..., dass die Linkspartei.PDS sich im **forschungs-, wissenschafts- und industriepolitischen Kontext** besinnungslos und zeitgeistkonform am, ich nenne es mal: *inhaltsleeren Innovationsallparteiengeschwätz* beteiligt. Da ist – wie in den Wahlprogrammen sämtlicher relevanter Parteien – im feinsten Leerhülsenjargon etwa von einer „neuen Innovationskultur“ die Rede, die durchzusetzen sei (durch Kulturerlass?), oder von einer „Neuausrichtung der politisch-ökologischen Rahmenbedingungen (welcher konkret? E.S.) für die Gestaltung einer Forschungs- und Innovationspolitik (Politik ist Gestaltung – gefordert wird also die Neuausrichtung der Bedingungen der Gestaltung von Gestaltung; E.S.), die sowohl zur schnellen Durchsetzung (durch Beschleunigung von was? E.S.) nachhaltiger und ökologischer Technologien im Zusammenhang mit dem Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe als auch zur beschleunigten Entwicklung (durch Überstunden für Ingenieure? E.S.) und Einführung von Hochtechnologien (weil das mörderische Entwicklungstempo etwa in der Mikroelektronik noch nicht schnell genug ist? E.S.) für den überregionalen Absatz von Produkten mit hoher Wertschöpfung führen (und was ist mit alten Produkten mit niedriger Wertschöpfung, die aber lebensnotwendig sind? E.S.)“ (S. 16). Und so geht es weiter: „Zukunftsbranchen“ sollten „profilierter“ werden zu „Kristallisationskernen (Cluster)“ bzw. „Wachstumskernen“ wirtschaftlicher Entwicklung, „neue Modelle zur Hochschulfinanzierung und -verwaltung“ und eine „neue Personalstruktur“ dortselbst seien

Überschrift war dann aber allem Anschein nach ein jungdynamisches Mitglied der AutorInnengruppe der programmatischen Eckpunkte nicht davon abzubringen, folgendes zu schreiben: „Wir plädieren für eine neue Art der Industrie- und Strukturpolitik. Das heißt unter anderem: Zukunftsbranchen und –unternehmen voranbringen und im Verbund mit Wissenschaftseinrichtungen zu Kristallisationskernen (Cluster) regionaler und übergreifender Wirtschaftsentwicklung machen...“ (S. 13). Gesetztere Mitglieder des AutorInnenkollegiums haben zumindest und zum Glück die Niederschrift folgenden Passus’ durchgesetzt: „Zu den offenen Problemen gehört: Wie kann vermieden werden, dass eine Konzentration auf Wachstumskerne und Schwerpunktbranchen periphere Regionen nicht noch weiter abhängt?“ (ebd.)

Jenseits der zeitgeistigen Verclustering der Hirne hätte man auch einfach fragen können: Warum um alles in der Welt sollen ausgerechnet Zukunftsbranchen (Mikroelektronik, Biotechnologien etc.) speziell gefördert werden, in die das Kapital – fette Profite schnuppernd und auch *schon realisierend* – so und so schon massiv hineinfließt? Und warum nur sollte man ausgerechnet im Zeitalter des Internets irgendwo Cluster, Kerne und Verbände konzentrieren? Ob es der Wirtschaftsentwicklung schaden wird, wenn der, dem ich eine E-Mail (mit neuen Konstruktionsplänen, einer neuen chemischen Formel, einer neuen Software etc.) schicke, mit mir nicht auch noch räumlich verclustert ist? Und ob Forscher und Ingenieure in Entwicklungsabteilungen privater Technologiekonzerne erst durch linke Politiker zu Verbänden mit öffentlichen Wissenschaftseinrichtungen gedrängt werden müssen – und nicht selbst wissen und schon immer wussten, wie man an die Ergebnisse universitärer Forschung, etwa durch Lektüre entsprechender Fachzeitschriften oder Doktorarbeiten, herankommt?

Um es so zu sagen: Die beste staatliche Innovationspolitik besteht in der Bereitstellung von Ganztagsbetreuungsplätzen für alle Kinder, in einer drastisch verbesserten personellen und materiellen Ausstattung unserer Schulen und Universitäten, in der Verwirklichung *einer* Schule für *alle* Kinder, in einem gebührenfreien Studium für möglichst alle Menschen, in der Forcierung des ökologischen Umbaus unserer Wirtschaft und Gesellschaft etwa durch die Erhebung ökologischer Lenkungssteuern, im Ausbau und der qualitativen Verbesserung der öffentlichen Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur, in einer immer weiter gehenden Arbeitszeitverkürzung und im Ausbau sozialer Sicherung sowie kultureller Angebote, um die Lebenszeit, die Lebenssicherheit und die Lebenszufriedenheit der Menschen und damit die Entfaltungspotenziale ihrer Kreativität zu erhöhen. Alles andere würde ich getrost den Forschern und Ingenieuren in den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen privater (und perspektivisch demokra-

---

notwendig – und „Netzwerke“, „Kompetenzzentren“ sowie „Technologie- und Gründerzentren“ sowieso (S. 18-19). Und selbst der obligate Hinweis, dass die hochinnovative Innovationswirtschaft in ihrem innovativen Innovationsstreben von „überzogenen bürokratischen Auflagen“ genauso „befreit“ werden müsse wie von „veralteten Bestimmungen“ und „überholten Nachweis- und Genehmigungspflichten“ (S. 19), findet sich im FDP-, nein: Linkspartei.PDS-Programm – natürlich ohne auch nur **EINE KONKRETE** bürokratische Fessel jener vermeintlich vielen zu nennen, die deutsche Unternehmen daran hindern, neue Autos, neu Handys, neue Werkzeugmaschinen oder neue Sonnenkollektoren auf den Markt zu bringen, oder sie hinderten, summa summarum sogar **EXPORTWELTMEISTER** zu werden. Wie gerne würde ich Gregor Gysi dabei beobachten, wie er die Entwicklungsabteilung von Porsche oder Daimler zu Clustern der ökonomischen Entwicklung profiliert!“

tisierter!) Unternehmen wie den Wissenschaftlern in universitären wie anderen staatlichen Forschungsinstituten überlassen – sowie den Konsumentenwünschen, also dem Marktdruck IM RAHMEN einer auch makroökonomisch definierten und realisierten Wirtschaftsdemokratie, d.h. im Rahmen der demokratischen Festsetzung der grundlegenden Wirtschaftsentwicklung. Irgend eines zeitgeistigen Innovationsgeschwafels bedarf es darüber hinaus nicht.

---